



**BESCHLÜSSE**  
*DER BUNDESKONFERENZ  
DER ARBEITSGEMEIN-  
SCHAFT SELBST AKTIV*

**MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DER SPD**

**VOM 2. BIS 3. MAI 2015  
IN BERLIN**

**Bundeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, 2. und 3. Mai 2015**

**Angenommene und überwiesene Anträge**

<b>Antrags- Nummer</b>	<b>Seite</b>	<b>Antragstitel</b>	<b>Beschluss</b>
<b>Leitantrag 1</b>	1	Einhaltung und Förderung aktueller Menschenrechte ist Kern sozial demokratischer Menschenrechtspolitik	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<b>Buvo 2</b>	5	SPD Aktionsplan Inklusion 2016-2022	Annahme
<b>Buvo 3</b>	6	SPD Inklusionsjahr 2016„Inklusion ist unsere Zukunft!“	Annahme
<b>Organisation O 1</b>	8	Änderung der Struktur des Bundesvorstandes	Annahme in der Fassung der Antragskommission
O 4	8	Einheitliche E-Mail-Adresse für Vorstandsmitglieder	Überweisung an den Bundesvorstand
O 6	9	Positionspapier	Überweisung an den Bundesvorstand
O 7	9	Politische Zielsetzung	Überweisung an den Bundesvorstand
O 8	10	Zusammenarbeit in der SPD	Annahme
O 9	11	Richtlinien der AG Selbst Aktiv zum Internetauftritt (Umgang mit Facebook, Twitter, Google Plus und anderen sozialen Netzwerken)!	Überweisung an den Bundesvorstand
O 10	12	Aufwandsentschädigung	Überweisung an den Bundesvorstand
O 11	12	Modernes Zielgruppenkonzept entwickeln	Annahme
O 12	13	Barrierefreier Internetauftritt	Überweisung an SPD-Parteivorstand und Bundesvorstand
O 13	13	Handlungsempfehlungen zur Arbeit von Selbst Aktiv auf Bundesebene	Annahme

Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, 2. und 3. Mai 2015

Angenommene und überwiesene Anträge

Antrags- Nummer	Seite	Antragstitel	Beschluss
<b>Teilhabe und Assistenz</b> TA 1	15	Persönliches Budget als Nachteilsausgleich für alle Menschen mit Behinderung	Überweisung an den Bundesvorstand
TA 2	15	Eckpunktepapier „Bundesteilhabegesetz“	Überweisung an den Bundesvorstand
TA 3	16	Finanzielle Förderung der politi- schen Teilhabe	Überweisung an den Bundesvorstand
TA 4	16	Teilhabegesetz	Überweisung an den Bundesvorstand
TA 5	17	Umfassender Inklusionsbegriff	Überweisung an den Bundesvorstand
<b>Arbeit</b> A 1	19	Arbeit muss sich auch für Menschen mit Behinderungen lohnen	Annahme
A 2	19	Assistenzberufe für und durch Menschen mit Behinderungen schaffen und sichern	Annahme
A3	20	Ausbildung von Assistenzhunden und deren Ausbildern	Annahme
A 4	20	Arbeitskräftepotenziale von Menschen mit Behinderungen erschließen, fördern und gezielt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt plazieren	Annahme
A 5	21	Gesetzlicher Mindestlohn in einer Werk- statt für Menschen mit Behinderungen	Annahme
A 6	22	Mindestlohn Ja ! Einschränkung der Pflege Nein ! Mehraufwendungen für den Mindestlohn zugunsten zu Pfleger ausgleichen	Annahme
A 7	23	Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben	Annahme

**Bundeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, 2. und 3. Mai 2015**

**Angenommene und überwiesene Anträge**

<b>Antrags- Nummer</b>	<b>Seite</b>	<b>Antragstitel</b>	<b>Antragstitel</b>
<b>Bildung</b> B 1	24	Übergänge von Schule zum Beruf vorrangig fördern	Annahme
B 2	25	Inklusives Bildungskonzept	Annahme
B 3	25	Mit Inklusiver Bildung die Zukunft der ganzen Gesellschaft prägen	Annahme
<b>Familie, Gesundheit u. Sport</b> FGS 1	27	Schmerzensgeld Im Zugewinnausgleich – Änderung des § 1374 BGB	Annahme
<b>Barrierefreiheit, Wohnen u. Mobilität</b> BWM 1	29	Behindertentoiletten	Annahme
BWM 2	29	Barrierefreie Rettungswege	Überweisung an den Bundesvorstand
BWM 3	30	Zuschüsse für barrierefreie Umbaumaßnahmen/Umzug	Annahme
BWM 4	31	Gemeinschaftsorientiertes Wohnen in den Stadtteilen verwirklichen	Annahme
BWM 5	32	Teilhabe von mobilitätseingeschränkten Menschen erhalten	Annahme
BWM 6	33	Ausweitung der kostenlosen Beförderung von Menschen mit einer Schwerbehinderung auch bei Fernverkehrsangeboten der Deutschen Bahn AG mit IC/EC-, ICE-und D- Zügen	Annahme
BWM 7	34	Die Hotline der Mobilitätszentrale der Deutschen Bahn AG für Menschen mit Beeinträchtigungen muss kostenfrei angeboten werden!	Annahme

# Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, 2. und 3. Mai 2015

## Angenommene und überwiesene Anträge

Initiativanträge I 1	35	Zusammensetzung des Bundesvorstandes	Überweisung an den Bundesvorstand
I 3	35	Befreiung von Menschen mit Behinderung vom ARD/ZDF Beitragsservice	Annahme
I 4	36	Resolution	Annahme
I 5	36	Antrag Familien mit behinderten Angehörigen	Annahme
I 6	38	Erwerbsminderungsrente	Überweisung an den Bundesvorstand
I 7	38	Änderung der Formel zur Ermittlung der Erwerbsminderungsrente	Überweisung an den Bundesvorstand

# 1 **Leitantrag**

## 2 **Antrag L 1**

3

4 Antragsteller: Bundesvorstand

5

6 Beschluss: Annahme in der Fassung der Antragskommission

7

8 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag

9 SPD-Bundestagsfraktion

10 SPD-Parteivorstand

11 SPD-Bundesvorstand

12

## 13 **Einhaltung und Förderung aktueller Menschenrechte ist Kern sozialdemokra-** 14 **tischer Menschenrechtspolitik**

15

16

17 Die Einhaltung und Förderung der Menschenrechte ist Kern sozialdemokratischer Men-  
18 schenrechtspolitik und mit der Historie der SPD verbunden. Hierzu gehört auch das Be-  
19 kenntnis der SPD als Inklusionspartei, die die aktuelle Menschenrechtskonvention, die UN-  
20 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gesellschaftlich in Kooperation mit Menschen mit  
21 Behinderungen durchsetzt.

22

23 Dazu gehört auch die Weiterentwicklung der bisherigen Integrationspolitik „wir machen für“  
24 zur neuen verbindlichen Inklusionspolitik. Menschen mit Behinderungen sind bei Planung,  
25 Organisation, Entscheidung und Durchführung qualitativ zu beteiligen, wie es die UN-  
26 Behindertenrechtskonvention vorschreibt. Inklusion und Partizipation als ein Begriffspaar,  
27 sowie Empowerment als Politik von unten, sind hierbei für die SPD verbindlich. Partizipation  
28 hat hierbei sowohl den Charakter von Teilhabe vor Ort, wie im politischen Raum ganz wich-  
29 tig, die direkte Mitentscheidung.

30

31 Es ist ein klarer gesellschaftlicher Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention,-die Partizi-  
32 pation, die in der UN-BRK 25mal in unterschiedlichen Kontexten genannt ist, umzusetzen.  
33 Dies bezieht sich auf unterschiedliche Politikfelder, wie Inklusion auf dem Arbeitsmarkt,  
34 inklusive Bildung, inklusiver öffentlicher Personennah- und Fernverkehr, Wohnformen,  
35 Mobilität, inklusive Familie, Pflege und Gesundheit, sowie dem konsequenten Erschließen  
36 eines inklusiven Freizeit-, Kultur- und Sportangebotes widmen. Die SPD wird diese breite  
37 gesellschaftliche Entwicklung aktiv umsetzen und durch eigenes politisches Handeln und  
38 persönliches Verhalten als gesellschaftlich vorrangig und im Sinne einer demokratischen und  
39 humanitären Gesellschaft bewusstseinsbildend verwirklichen.

40

41 Gleiche Lebenschancen mit nichtbehinderten Menschen zu ermöglichen heißt behinderte  
42 Menschen aus der lebenslangen Sozialhilfeabhängigkeit herauszunehmen und dies als Signal

1 konsequenter Menschenrechtspolitik schon im Rahmen des für diese Legislaturperiode ge-  
2 planten Bundesteilhabegesetzes zu verwirklichen. Die langjährige Forderung behinderter  
3 Menschen nach einem Einkommens- und vermögensunabhängigem Teilhabegeld zur Akti-  
4 vierung seine Lebenssituation selbst zu organisieren und wahrzunehmen und von Hilfe Drit-  
5 ter unabhängiger zu werden, soll ebenfalls Bestandteil dieses Gesetzes sein und so für glei-  
6 che Lebensqualität zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen beitragen.

7

8 Die ca. 13 Mio. Menschen mit einer Behinderung in Deutschland sind positives Element des  
9 sozialen Miteinanders in Deutschland. Ihre Behinderungs- sowie gesellschaftlich bedingten  
10 Nachteile können im Rahmen des Teilhabegesetzes sowie des Teilhabegeldes zwar nicht be-  
11 hoben, aber ausgeglichen werden. Hierzu gehört auch vorrangig die verbindliche Platzierung  
12 von behinderten Menschen in Leitungsfunktionen, politischen Gremien und allen Fraktionen  
13 der SPD. Die SPD muss von daher sowohl innerhalb der Partei, wie auch bei den Mandaten  
14 ein gezieltes Platzierungs- bzw. Förderprogramm von Menschen mit Behinderungen als Ge-  
15 sicht und Stimme auf allen Ebenen durchsetzen; nach dem Motto der Behindertenbewegung  
16 „wir vertreten uns selbst und sind Expertinnen und Experten in eigener Sache“, wie es seit  
17 Jahrzehnten von der aktiven Behindertenbewegung formuliert wird.

18

19 Die schwarze, rote, grüne oder gelbe Null von Menschen mit Behinderungen bei der Mitent-  
20 scheidung in der Politik hat nichts mit Unterrepräsentanz zu tun, sondern eher mit gläserner  
21 Decke, die gemeinsam mit der SPD gezielt geöffnet werden muss. Konsequente Menschen-  
22 rechtspolitik im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention heißt nicht nur ALLE Menschen  
23 gleich zu behandeln, sondern Sie auch gleichermaßen an der gesellschaftlichen Mitentschei-  
24 dung gestalten zu lassen.

25

- 1 **Die wichtigsten Punkte vom Leitantrag - leicht lesbar:**
- 2 Die Bundeskonferenz beschließt:
- 3 Die SPD sorgt für die Einhaltung der Menschenrechte.
- 4 Die UN-Behindertenrechtskonvention enthält die Rechte von Menschen mit
- 5 Behinderung für die ganze Welt.
- 6 Die SPD will die UN-Behindertenrechtskonvention zusammen mit Menschen
- 7 mit Behinderungen durchsetzen.
- 8 Deshalb nennt sich die SPD Inklusionspartei.
- 9 Die Integrationspolitik wird weiterentwickelt zur Inklusionspolitik.
- 10 „Wir machen etwas für Menschen mit Behinderung...“ ist nicht mehr genug.
- 11 Menschen mit Behinderungen müssen von Anfang an dabei sein.
- 12 Bei Planung, Organisation, Entscheidung und Durchführung.
- 13 Zur Inklusion gehört auch die direkte Mitentscheidung von Menschen mit Be-
- 14 hinderung.
- 15 Die Politik muss die UN-Behindertenrechtskonvention überall umsetzen.
- 16 Inklusion auf dem Arbeitsmarkt, inklusive Bildung, inklusiver Verkehr, inklusive
- 17 Wohnformen, inklusive Familie, Pflege und Gesundheit, inklusive Freizeit, Kul-
- 18 tur und inklusiver Sport.
- 19 Die SPD und ihre Mitglieder werden dies aktiv fördern.
- 20 Gleich Leben können, heißt keine lebenslange Sozialhilfe für behinderte Men-
- 21 schen.

- 1 Menschen mit Behinderung brauchen gleiche Möglichkeiten.
- 2 Das Teilhabegesetz muss vor der nächsten Wahl beschlossen werden.
- 3 Ein Teilhabegeld kann helfen, das eigene Leben mehr selbst zu planen.
- 4 Einkommen und Vermögen sollen beim Teilhabegeld nicht mitgerechnet wer-
- 5 den.
- 6 Das Teilhabegeld gleicht Nachteile aus.
- 7 Es gibt ca. 13 Mio. Menschen mit einer Behinderung in Deutschland.
- 8 In der SPD müssen überall auch Menschen mit Behinderung vertreten sein.
- 9 Sie brauchen viel Unterstützung, um sich unter Nichtbehinderten durchzuset-
- 10 zen. Damit einige Menschen mit Behinderung auch wichtige Ämter bekommen.
- 11 „Wir vertreten uns selbst und sind Expertinnen und Experten in eigener Sache“.
- 12

# 1 **Anträge des Bundesvorstandes**

## 3 **Antrag Buvo 2**

5 Beschluss: Annahme

7 EmpfängerInnen: Vorsitzende der Landesverbände und Bezirke  
8 SPD-Bundesvorstand

## 10 **SPD Aktionsplan Inklusion 2016-2022**

12 Der Bundesvorstand der AG Selbst Aktiv fordert die Bundeskonferenz der Arbeitsgemein-  
13 schaft auf, den Antrag SPD Aktionsplan Inklusion 2016-2022, die am 14.02.2014 auf der  
14 Klausurtagung in Erfurt als Arbeitsgrundlage für den Bundesvorstand beschlossen wurde, an  
15 den neuen Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft als Arbeitsgrundlage zu verweisen.

17 Die Bundeskonferenz der AG Selbst Aktiv möge beschließen:

18 Der Bundesparteitag möge beschließen:

20 Rund 16 Prozent der Bevölkerung haben eine anerkannte Schwerbehinderung.

21 Die Behinderungsformen und die Auswirkungen sind sehr unterschiedlich.

22 Grundsätzlich haben alle Behinderungen in ihrer Wirkung etwas Gemeinsames:

23 Sie grenzen Menschen mit Behinderung überall dort aus, wo auf Grund der Behinderung  
24 keine uneingeschränkte Teilhabe am beruflichen, gesellschaftlichen, politischen oder per-  
25 sönlichen Leben möglich ist.

27 Vor diesem Hintergrund ist es zwingend erforderlich, im Sinne der UN--Behindertenrechts-  
28 Konvention (UN-BRK), die im Jahr 2009 in Deutschland ratifiziert wurde, einen SPD Aktions-  
29 plan Inklusion aufzustellen.

30 Die SPD leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des Artikels 29 der UN-BRK,  
31 in dem uneingeschränkte Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben gefordert wird.

33 Wir haben uns u.a. vorgenommen, dass kein Mitglied mehr auf Grund seiner Behinderung  
34 am innerparteilichen politischen Leben ausgeschlossen werden darf.

35 Die Umsetzung des SPD Aktionsplans Inklusion ist für den Zeitraum 2016 bis 2022 geplant.  
36 Der Plan ist modular aufgebaut. Die Ziele können grundsätzlich voneinander unabhängig  
37 erreicht werden.

39 Der Aktionsplan soll eine Handlungsanleitung für jede Gliederung der Partei sein.

40 Die Ziele werden mit Maßnahmen und Meilensteinen festgeschrieben. Über die  
41 Zielerreichung wird jährlich gegenüber dem Vorstand berichtet.

1 Der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, Menschen mit Behinderung kommt hierbei eine we-  
2 sentliche Rolle zu. Angestrebt wird eine nachhaltige und angemessene wirtschaftliche Um-  
3 setzung. (Maßnahmen-Tableau/ Handlungsanleitung als Anlage des Beschlusses anbei)

4  
5

### 6 **Antrag Buvo 3**

7

8 Beschluss: Annahme

9

10 EmpfängerIn: Bundesvorstand

11

### 12 **SPD Inklusionsjahr 2016 „Inklusion ist unsere Zukunft!“**

13

14 Der Bundesvorstand der AG Selbst Aktiv fordert die Bundeskonferenz der Arbeitsgemein-  
15 schaft auf, den Antrag SPD Inklusionsjahr 2016 „Inklusion ist unsere Zukunft!“, die am  
16 14.02.2014 auf der Klausurtagung in Erfurt als Arbeitsgrundlage für den Bundesvorstand  
17 beschlossen wurde, an den neuen Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft als Arbeits-  
18 grundlage zu verweisen.

19

20 Die Bundeskonferenz der AG Selbst Aktiv möge beschließen:

21 Der Bundesparteitag möge beschließen:

22

23 Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN- BRK) konkretisiert die universellen Menschen-  
24 rechte für die speziellen Bedürfnisse und Lebenslagen für Menschen mit Behinderungen.  
25 Inklusion ist dabei die durchgängige Haltung und das zentrale Handlungsprinzip einer mo-  
26 dernen demokratischen Gesellschaft.

27

28 Ein innerparteiliches Inklusionsjahr soll Leitlinien aufbauen, die für unsere Partei eine  
29 klare Ziel-Orientierung für die praktische Umsetzung der UN- BRK sein wird.

30 Ziel ist es, dass Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam in allen  
31 Lebensbereichen selbstbestimmt leben und zusammenleben können.

32 Auf Basis des Grundsatzes gleichberechtigter Teilhabe werden für Menschen mit Behinde-  
33 rungen, die gleiche Qualität und der gleiche Standard in den jeweiligen Lebensbereichen  
34 erwartet, der auch für Menschen ohne Behinderungen gilt.

35

36 Es geht um gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturel-  
37 len Leben, um Chancengleichheit in der Bildung, um berufliche Integration/ Inklusion und  
38 um die Aufgabe, allen Bürger/Innen die Möglichkeit für einen selbstbestimmten Platz in ei-  
39 ner barrierefreien Partei und Gesellschaft zu geben.

40

1 Diese Veranstaltungsreihe - SPD Inklusionsjahr 2016 steht unter dem Motto: „Inklusion ist  
2 unsere Zukunft“ mit einer gemeinsamen Planung des Parteivorstandes, der Bundestagsfrak-  
3 tion und den Arbeitsgemeinschaften, als Schirmherren schlugen wir den Parteivorsitzen Sig-  
4 mar Gabriel vor.

5

6 Themenschwerpunkte dieses Inklusionsjahr sind:

7 - „SPD Aktionsplan Inklusion 2016-2022“- Gut für die SPD!

8 - „Partizipation“- Wie will die SPD politische Teilhabe und politische Mitverantwortung für  
9 Alle gestalten!

10 - „Gute Arbeit = Gutes Leben“- Dies will die SPD für Alle Bürger/Innen!

11 - „Wie wollen wir im Jahre 2030 Leben“ - Soziale Stadt für Alle!

12 - „Die SPD ist seit über 152 Jahre ein inklusive Partei!“- Die Geschichte der SPD ist eine inklu-  
13 sive Geschichte!

14 - „Durchgänge Inklusive Bildungskette“ – Eine Schule für Alle“ - Gut für unser Land

15 - „Chronische Erkrankungen - Leben mit einer Behinderung“ - Sensibilisierung und Be-  
16 wusstseinsbildung auf allen Ebenen

17 - Die SPD ist eine Partei der Vielfalt- „Diskriminierung/ Antidiskriminierung“ – Wir dulden  
18 kein Antisemitismus, keine Homophobie, keine Diskriminierung gegen Migranten/Innen,  
19 Flüchtlingen und Menschen mit Behinderungen!

20

# 1 **Organisation**

2

## 3 **Antrag O 1**

4

5 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, LV Bayern**

6

7 Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission

8

## 9 **Die Zusammensetzung des Bundesvorstandes soll geändert werden**

10

11 1. Der Bundesvorstand besteht aus 11 Personen.

12 2. Der Bundesvorstand besteht aus dem Vorsitzenden,  
13 drei Stellvertretern und 7 Beisitzern

14 3. Es sollen die Regionen Nord, Süd, West und Ost im Gesamtvorstand vertreten sein.

15

16

17 aus den jeweiligen Regionen sowie sieben Beisitzer/innen aus den entsprechenden Regio-  
18 nen.

19

20

## 21 **Antrag O 4**

22

23 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Sachsen**

24

25 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

26

## 27 **Einheitliche E-Mail-Adresse für Vorstandsmitglieder**

28

29 Die Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ in der SPD möge be-  
30 schließen:

31 Die Bundeskonferenz soll prüfen, ob zur besseren Vernetzung nicht eine einheitliche Email-  
32 Adresse für alle Vorstandsmitglieder der Bundes-der Landes-oder Bezirks-  
33 Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden kann.

34 Sie könnte dann lauten: vorname.name@selbstaktiv-bund.de bzw.

35 vorname.name@selbstaktiv-landesverband- oder bezirksverband.de

36

37 Die Kosten dafür sind auf Antrag der Bundesarbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ von der Bun-  
38 des-SPD zu übernehmen.

39

40

1 **Antrag O 6**

2

3 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

4

5 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

6

7 **Positionspapier**

8

9 Die AG Selbst Aktiv muss ihren Platz in der SPD auf Bundes- und Länderebene bundesweit  
10 einheitlich klar definieren um auf allen Ebenen und in allen Gremien der SPD als kompeten-  
11 ter Ansprechpartner wahrgenommen und anerkannt zu werden.

12 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv ist leider in vielen Gremien und bei vielen Genossinnen  
13 und Genossen noch immer nicht bekannt und anerkannt. Menschen mit Behinderungen sind  
14 auch in der SPD noch immer eine Randgruppe, die es Schwer hat in normalen politischen  
15 Leben in der SPD Fuß zu fassen. Das Positionspapier zeigt die Sichtweise der AG Selbst Aktiv  
16 über das Selbstverständnis der Zusammenarbeit mit der SPD, ihren Gremien und ihren Man-  
17 datsträgern.

18

19

20 **Antrag O 7**

21

22 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

23

24 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

25

26 **Politische Zielsetzung**

27

28 Die AG Selbst Aktiv muss realistische, umsetzbare und finanzierbare politische Zielsetzungen  
29 formulieren, um als kompetenter Partner in der SPD wahrgenommen und anerkannt zu wer-  
30 den.

31

1 **Antrag O 8**

2

3 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

4

5 Beschluss: Annahme

6

7 **Zusammenarbeit in der SPD**

8

9 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Menschen mit Behinderungen in der SPD kann und will  
10 auf Grund der Fachkompetenzen ihrer Mitglieder viele Aufgaben für die SPD auf Bundes-  
11 und Landesebene übernehmen. Die Arbeitsgemeinschaften von Selbst Aktiv auf Bundes- und  
12 Landesebene wollen Informationen aus allen Bereichen der Partei, der Gremien, der ande-  
13 ren Arbeitsgemeinschaften und der Gesellschaft zugänglich gemacht bekommen, diese  
14 sammeln, auswerten und bündeln um gleichberechtigt fundierte Informationsgrundlagen für  
15 die Zusammen in allen Gremien und Ebenen der SPD und der anderen Arbeitsgemeinschaf-  
16 ten der SPD im Sinne einer effizienten, erfolgreichen und demokratischen Behindertenpoli-  
17 tik erstellen und nutzen zu können.

18

19 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert die Bundes-SPD und die Landesverbände der  
20 SPD deshalb auf, gemäß dem Parteibeschluss vom 13.10.2014 auch hier Barrierefreiheit her-  
21 zustellen und die Voraussetzungen zu schaffen und zu gewährleisten, indem der AG Selbst  
22 Aktiv auf Bundes- und Länderebene ein Mitarbeiter dauerhaft zur Verfügung gestellt wird.  
23 Der Mitarbeiter soll für die AGs auf Bundes- und Landesebene Informationen recherchieren,  
24 sammeln und nach Anforderungen barrierefrei gebündelt an die anfordernden AGs weiter-  
25 leiten, damit die AG Selbst Aktiv auf Augenhöhe mit der SPD und ihren Gremien und den  
26 anderen Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiten kann.

27

28

1 **Antrag O 9**

2

3 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Berlin**

4

5 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

6

7 EmpfängerInnen: Bundesvorstand

8

9 **Richtlinien der AG Selbst Aktiv zum Internetauftritt (Umgang mit Facebook,**  
10 **Twitter, Google Plus und anderen sozialen Netzwerken)!**

11

12 Der Bundesausschuss der AG Selbst Aktiv möge beschließen:

13 Die Nutzung von sozialen Netzwerken ist für viele Menschen mit Behinderungen inzwischen Alltag  
14 und stellt für sie meistens eine wichtige und unkomplizierte Kommunikationsmöglichkeit mit Freun-  
15 den und Bekannten dar.

16

17 Wir, die AG Selbst Aktiv- Menschen mit Behinderungen, nutzen die neuen Möglichkeiten des Inter-  
18 nets vor allem aber auch, um unsere AG und ihre Ziele bekannt zu machen sowie über unsere Aktivi-  
19 tätäten zu informieren. Dabei kommt es darauf an, dass dabei auf den Seiten, die als solche der AG  
20 erkennbar sind, nicht private Meinungen, sondern die der AG und damit der SPD zum Ausdruck  
21 kommen. Daher legen wir zur Nutzung von sozialen Netzwerken für die AG Selbst Aktiv folgende  
22 Richtlinien fest:

23 - Die Wahrung und Einhaltung von Urheber- und Persönlichkeitsrechten (Datenschutz) in den  
24 sozialen Netzwerken ist für uns das oberste Gebot.

25 - Nur die Landesverbände und der Bundesvorstand der AG Selbst Aktiv dürfen in den öffentli-  
26 chen Gruppen der sozialen Netzwerken das Logo der SPD AG Selbst Aktiv verwenden.

27 - Mitglieder der AG Selbst Aktiv, die auf ihren Seiten oder in geschlossenen Gruppen mit und  
28 für Selbst Aktiv werben, müssen im Impressum und in der offiziellen Bezeichnung der Gruppe aus-  
29 drücklich die Seite als „keine offizielle Seite bzw. Gruppe der SPD AG Selbst Aktiv“ darstellen.

30 - Die Nutzungs- und Datenschutzbestimmungen müssen genau formuliert werden und über-  
31 sichtlich gestaltet sein.

32 - Die Bundes- und die Landes-AGs räumen dem Seitenbetreiber keine weitreichenden Nut-  
33 zungsmöglichkeiten unserer Daten ein und achten auf hohe Sicherheitseinstellungen des Seitenpro-  
34 fils.

35 - Wenn eine AG entscheidet, dass ein soziales Netzwerk nicht mehr genutzt werden soll, muss  
36 die Einwilligung zur weiteren Nutzung der Daten widerrufen werden.

37 - Die Verantwortlichen der AG Selbst Aktiv in den Landesverbänden und dem Bundesvorstand  
38 stellen nur solche Informationen und Fotos auf ihre Seiten-, Gruppen- bzw. Mitgliederkonten ein, die  
39 die politischen Grundsätze der SPD in keiner Weise in Frage stellen. Schwerpunkte müssen dabei die  
40 Informationen über die Arbeit der jeweiligen AG und die behindertenpolitischen Standpunkte und  
41 Aktivitäten der SPD und ihrer Gliederungen (Partei und Parlamente) sein. Werbung für Informatio-  
42 nen über Termine und Aktivitäten anderer Gruppen oder Vereine sind zweitrangig, da es dafür an-  
43 dere Portale gibt (z.B. Kabinet u.a.).

1 **Antrag O 10**

2

3 **Antragsteller: AG SelbstAktiv, SPD-Landesverband Saar**

4

5 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

6

7 **Aufwandsentschädigung**

8

9 Die Begleitpersonen, auf die Menschen mit Behinderung bei Bundesausschuss-Sitzungen und  
10 Bundeskonferenzen angewiesen sind, sollten eine Aufwandsentschädigung in angemessener  
11 Höhe bekommen.

12

13

14 **Antrag O 11**

15

16 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

17 Beschluss: Annahme

18 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag

19 SPD-Parteivorstand

20 **Modernes Zielgruppenkonzept entwickeln**

21

22 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

23 Die SPD beschließt für sich, wie auch für alle gesellschaftlichen Bereiche, wie Fraktionen,  
24 Verbänden und großen Einrichtungen, ein aktuelles, modernes Zielgruppenkonzept zu ent-  
25 wickeln. Dies hat die Aufgabe, benachteiligten und gesellschaftlich unterrepräsentierten Be-  
26 völkerungsgruppen, wie Menschen mit Behinderungen, gezielt in Gesellschaft und Politik  
27 einzubeziehen und sie durch gezielte Platzierung zu Mitentscheidern bei Regierungs- und  
28 Nicht-Regierungsorganisationen zu machen. Der deutlich geringeren Wahlbeteiligung, gera-  
29 de jüngerer behinderten Menschen, sollte hier entgegengewirkt werden. Mit diesem Antrag  
30 soll der Beschluss des Parteivorstandes vom 13.10. 2014 zur Inklusion und Partizipation be-  
31 hinderter Menschen weiter umgesetzt werden.

32

33 Die SPD als die Inklusions-/Partizipationspartei muss hier Mitentscheidung auch konsequent  
34 verwirklichen. Es reicht nicht ob von oben z. B. alle Menschen mit Behinderungen einzuset-  
35 zen, es muss ein breit akzeptierter, fachlich ausgewiesener Betroffener sein oder wie mir von  
36 der AG der Schwulen und Lesben gesagt wurde: Schwule Politiker gibt es viele, Schwulen-  
37 Politiker sehr wenige.

38

39

1 **Antrag O 12**

2

3 **Antragssteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Nordrhein-Westfalen**

4

5 Beschluss: Überweisung an SPD-Parteivorstand und Bundesvorstand

6

7 EmpfängerInnen: SPD-Parteivorstand und Bundesvorstand

8

9 **Barrierefreier Internetauftritt**

10

11 Die Bundeskonferenz Selbst Aktiv fordert den Bundesvorstand der AG Selbst Aktiv und den  
12 SPD-Parteivorstand auf, seine Homepage und die Homepage der AG Selbst Aktiv unter be-  
13 sonderer Berücksichtigung nachfolgender Hinweise

14

- 15 • Richtlinie nach BITV 2.0 / ISO-IEC40500
- 16 • Screenreader vs. Bilder auf Webseiten
- 17 • Leichte Sprache
- 18 • Einfache Icons
- 19 • Texte vorlesen lassen

20

21 und der Belange hörgeschädigter/gehörloser Menschen zukünftig barrierefrei zu gestalten.

22

23 Den Gliederungen der SPD sollten Hinweise zur Verfügung gestellt werden, ihre eigenen  
24 Internetauftritte ebenfalls barrierefrei gestalten zu können.

25

26

27 **Antrag O 13**

28

29 **Antragssteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Nordrhein-Westfalen**

30

31 Beschluss: Annahme

32

33 **Handlungsempfehlungen zur Arbeit von Selbst Aktiv auf Bundesebene**

34

35 Die Bundeskonferenz Selbst Aktiv fordert den Bundesvorstand der AG Selbst Aktiv nachfol-  
36 gende drei Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen:

37

38 1. Arbeitsbereiche Bundesvorstand

39 Der Bundesvorstand legt mindestens vier Themenfelder fest, die von jeweils der/die Vorsit-  
40 zende/n und einer/m der Stellvertreter/innen verantwortlich bearbeitet wird.

1 2. Selbst Aktiv ist kompetenter Partner für die Behindertenpolitik innerhalb der Bundes-SPD  
2 Der Bundesvorstand der AG Selbst Aktiv ist das Bindeglied zu den einzelnen Verbänden und  
3 der Selbsthilfe auf Bundesebene. Er muss in die zuständigen Fachbereiche und Arbeitsgrup-  
4 pen des SPD-Parteivorstandes einbezogen werden und an der politischen Umsetzung inner-  
5 parteilich ein Mitspracherecht haben. Darüber hinaus muss bei öffentlichen Veranstaltungen  
6 des SPD-Parteivorstandes zu den fachbezogenen Themen ein Mitglied des Bundesvorstandes  
7 den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern mit Fachkompetenz in der Behindertenpolitik  
8 zur Seite stehen.

9

10 3. Termine

11 Der Bundesausschuss soll einmal in Berlin und einmal in den Regionen bzw. Ländern statt-  
12 finden.

13

1 **Teilhabe und Assistenz**

2

3 **Antrag TA 1**

4

5 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

6

7 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

8

9 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag  
10 SPD-Bundestagsfraktion  
11 SPD-Landtagsfraktionen  
12 Bundesvorstand

13

14 **Persönliches Budget als Nachteilsausgleich für alle Menschen mit Behinde-**  
15 **rung**

16

17 Die Bestimmungen für das „Persönliche Budget“ müssen dahin gehend geändert werden,  
18 das dieses als Nachteilsausgleich allen Menschen mit Behinderung zugänglich wird.

19

20

21 **Antrag TA 2**

22

23 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

24

25 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

26

27 EmpfängerIn: Bundesvorstand

28

29 **Eckpunktepapier „Bundesteilhabegesetz“**

30 Der Bundesvorstand der AG Selbst Aktiv und die Landesarbeitsgemeinschaften der AG Selbst  
31 Aktiv sollen bis 2017 jeweils einen eigenen umfassenden Eckpunktepapier für ein gerechtes  
32 Bundesteilhabegesetz und ein Nachteilsausgleichsgesetz für alle Menschen mit Behinderung  
33 erarbeiten und mit diesen in die ab 2017 anstehenden Landes- und Bundestagswahlen ge-  
34 hen.

35

1 **Antrag TA 3**

2

3 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Rheinland-Pfalz**

4

5 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

6

7 **Finanzielle Förderung der politischen Teilhabe**

8

9 EmpfängerInnen:

10 SPD-Parteivorstand,

11 SPD-Bundestagsfraktion z.K.

12

13 Die Bundesregierung hat 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und damit  
14 auch die Förderung der politischen Teilhabe unterzeichnet. Politische Teilhabe von Men-  
15 schen mit Behinderung geschieht ganz überwiegend in den demokratischen Parteien und ist  
16 mit Mehrkosten für die umfassende Barrierefreiheit verbunden. Deshalb soll im Parteienfi-  
17 nanzierungsgesetz ein entsprechendes Kriterium verankert werden. Der SPD-Parteivorstand  
18 wird aufgefordert, die Bundestagsfraktion dafür zu sensibilisieren und eine entsprechende  
19 Ergänzung zum vorliegenden Gesetz in geeigneter Weise zu initiieren.

20

21

22 **Antrag TA 4**

23

24 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

25

26 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

27

28 **Teilhabegesetz**

29

30 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

31

32 Die SPD wird aufgefordert, bei dem geplanten Teilhabegesetz wesentliche Elemente langjäh-  
33 rige Forderungen behinderter Menschen zu berücksichtigen. Hierzu gehört, dass in einem  
34 eigenständigen Teilhabegesetz das Ziel Menschen mit Behinderungen aus der lebenslangen  
35 Sozialhilfeabhängigkeit herauszunehmen, verankert wird. Dazu muss die Eingliederungshilfe  
36 nicht nur aus dem SGB XII herausgenommen werden, sondern auch aus der Sozialhilfeüber-  
37 prüfung. Ein wesentlicher Punkt hierbei ist z. B. das indirekte Eheverbot zweier Berufstätiger  
38 einer/eine Schwerbehindert und auf Assistenz angewiesen eine/einer Nichtbehindert.

39

40 Dies hatte bisher zur Folge, dass das Gehalt des Schwerbehinderten nicht nur auf ein

41 Mindestmaß reduziert wird, sondern das Einkommen des Lebenspartners/Lebenspartnerin

1 voll mit herangezogen wird. Allgemeine Assistenzleistungen für Personen unterschiedlicher  
2 Behinderungen müssen hier ebenfalls als behinderungsbedingte Nachteilsausgleich jeweils  
3 einkommens- und vermögensunabhängig gewährt werden. Zur Stärkung eigenständiger,  
4 selbstverantwortlicher Lebensführung ist ein Teilhabegeld, behinderungsbedingter Nachteil-  
5 ausgleich einzuführen.

6  
7

## 8 **Antrag TA 5**

9

10 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

11

12 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

13

14 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag  
15 SPD-Bundestagsfraktion

16

## 17 **Umfassender Inklusionsbegriff**

18

19 Die Bundeskonferenz möge beschließen: Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für einen um-  
20 fassenden Inklusionsbegriff ein, der in Erweiterung integrativer Vorhaben die Teilhabe und  
21 Mitentscheidung von Menschen mit Behinderungen von Anfang an festlegt und gesellschaft-  
22 lich übergreifend ist. Ein umfassendes Konzept zum Bereich Inklusion in Freizeit und Sport ist  
23 hierbei mit und durch die SPD umzusetzen.

24

25 Dies bezieht sich auf die systematische gemeinsame Erarbeitung von inklusiven Sport- und  
26 Freizeitangeboten. Die SPD wird auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene Sport und  
27 Freizeitmöglichkeiten behinderter und nichtbehinderter Menschen vorrangig fördern. Die  
28 eigenen Organisationen, die Sportverbände, die Sportfachverbände und die Verbände des  
29 Behindertensports werden aufgefordert, mit Unterstützung der SPD und ihrer Mandatsträ-  
30 ger in ihren verbandlichen Strukturen den Anforderungen an Inklusion zu entsprechen und  
31 behinderte Menschen in ihre Leitungs- Trainer- und sonstige verbandliche Arbeit einzube-  
32 ziehen oder gezielt hierauf vorzubereiten.

33

34 Als Ergänzung zum traditionellen Angebot müssen Breiten- Reha- und Leistungssport mit  
35 inklusiven Konzepten durchdrungen sein, um so vor Ort inklusiven Sport in den unterschied-  
36 lichen Sportarten, wie Schwimmen, Joggen, Golf und Fußball um-zusetzen.

37

38 Bei Neu- und Umbauten sind barrierefreie Standards einzuhalten. Bei Bundes-, Landes- und  
39 kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist der  
40 Bereich Kultur, Freizeit, Sport nach Art. 30 der UN-BRK umzusetzen.

41

1 Politischer Auftrag ist es, die Lücke zwischen 35 % aller Bürgerinnen und Bürger in Deutsch-  
2 land, die in Sportvereinen organisiert sind und lediglich 3,5 % Menschen mit Behinderungen  
3 zu schließen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hierfür zu organisieren. Kultur,  
4 Freizeit und organisierter Sport ist hervorragend geeignet, das Miteinander von Menschen  
5 zu fördern, ein positives Lebensgefühl zu entwickeln und Vorurteile abzubauen.  
6 Ehrenamtlichkeit unterstellt auch soziales Engagement. Hier wird es sehr deutlich, dass das  
7 Spektrum unterschiedlicher Behinderungsarten sich offen und in der Freizeit den Menschen  
8 mit Behinderungen zugewandt verhält. Die Landessportbünde und der DOSB haben auf ihrer  
9 gemeinsamen Fachtagung sich auch bundesweit den inklusiven Sport geöffnet. Es gilt jetzt  
10 hier, gemeinsam zu handeln und auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eindeutige  
11 Rahmenbedingungen zu schaffen.

12

13 Wer, wenn nicht wir, die SPD, die sich selbst der UN-Behindertenrechtskonvention und der  
14 Inklusion verpflichtet hat, sollte sich dieser zu tiefst demokratischen und humanitären Auf-  
15 gabe als oberstes Ziel stellen.

16

1 **Arbeit**

2

3 **Antrag A 1**

4

5 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

6

7 Beschluss: Annahme

8 EmpfängerInnen: SPD-Bundestagsfraktion

9

10 **Arbeit muss sich auch für Menschen mit Behinderungen lohnen**

11

12 Arbeit muss sich auch für Menschen mit Behinderungen lohnen. Menschen mit Behinderun-  
13 gen, die außerhalb einer Werkstatt oder Einrichtung leben und arbeiten dürfen nicht wie  
14 Sozialhilfeempfänger eingestuft werden. Sie müssen das Recht haben, Familien zu gründen  
15 ohne auf Sozialhilfeniveau zu sinken, durch ihre Arbeit Vermögen von mehr als 2.600,-- an-  
16 sparen zu dürfen um persönliche Anschaffungen zu tätigen oder Altersvorsorge zu treffen.

17

18

19 **Antrag A 2**

20

21 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

22

23 Beschluss: Annahme

24

25 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag

26 SPD-Bundestagsfraktion

27 SPD-Landtagsfraktionen

28

29 **Assistenzberufe für und durch Menschen mit Behinderungen schaffen und**  
30 **sichern**

31

32 Menschen mit Behinderung brauchen individuelle Betreuung. Diese Assistenz muss auf die  
33 jeweilige Behinderung abgestimmt sein. Das erfordert gründliche Kenntnisse über die ver-  
34 schiedenen Arten und Formen von Behinderungen.

35

36 Das neue Berufsbild „Inklusionsbegleiter“ soll als vor Ort Assistenz in den Klassen mehrere  
37 Behinderungsarten betreuen und somit die Lehrkräfte entlasten.

1 Der „Assistent für Menschen mit Behinderungen“ soll als Fachkraft, z.B. im Beruf oder in der  
2 häuslichen Pflege die unterschiedlichsten Behinderungsarten adäquat betreuen und versor-  
3 gen.

4  
5

### 6 **Antrag A 3**

7

8 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

9

10 Beschluss: Annahme

11

12 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag  
13 SPD-Bundestagsfraktion  
14 SPD-Landtagsfraktionen

15

### 16 **Ausbildung von Assistenzhunden und deren Ausbildern**

17

18 In Deutschland muss der anerkannte und zertifizierte Ausbildungsberuf „Ausbilder für Blinden- und Assistenzhunde“ eingeführt sowie regelmäßige Kontrollen zur persönlichen und fachlichen Eignung der „Blinden- und Assistenzhundeausbilder“ durchgeführt werden.

21 Für Blindenhunde, Behindertenbegleithunde, Signalthunde für Hörbehinderte und Taubblinde, Epilepsiewarnhunde, Autismusbegleithunde, Diabetikerwarnhunde, PTBS - Assistenzhunde (Posttraumatische Belastungsstörung) und andere müssen bundeseinheitliche Ausbildungsstandards eingeführt und kontrolliert werden.

25

26

### 27 **Antrag A 4**

28

29 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

30

31 Beschluss: Annahme

32

33 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag  
34 SPD-Bundestagsfraktion

35

### 36 **Arbeitskräftepotenziale von Menschen mit Behinderungen erschließen, fördern und gezielt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt plazieren**

37

38 Die kommenden Jahre werden von einem großen Arbeitskräftebedarf gekennzeichnet sein.  
39 Diese positive Entwicklung muss zugunsten der beruflichen Inklusion von Menschen mit Be-  
40

1 hinderungen vorrangig genutzt werden. Die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt  
2 der letzten Jahre haben den Personenkreis von Menschen mit Behinderungen bisher nicht  
3 erreicht. Es gilt, diese erhebliche Lücke durch Bewusstseinsbildung, finanzielle Förderung  
4 und Qualifizierung am Arbeitsplatz entsprechend zu stärken.

5  
6 Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen liegt durchschnittlich bei ca. 14 %; die  
7 der übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei 7 %. Der Wechsel im Verständnis zu  
8 Menschen mit Behinderungen von Defiziten, die es auszugleichen gilt, zu Kompetenzen, die  
9 es einzubringen gilt, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorschreibt und was Kern  
10 des Inklusionsbegriffs ist, muss hier durch konsequentes Umdenken in allen gesellschaftli-  
11 chen Bereichen und Institutionen durchgesetzt werden. Hierbei geht es auch, ähnlich wie bei  
12 anderen Zielgruppen, gezielt und bewusst Menschen mit Behinderungen Leitungsaufgaben  
13 zu übertragen.

14  
15 Die Mittel der Ausgleichsabgabe müssen vorrangig zur beruflichen Inklusion auf dem allge-  
16 meinen Arbeitsmarkt und dem dauerhaften Erhalt des Arbeitsplatzes hier eingesetzt wer-  
17 den.

## 20 **Antrag A 5**

21  
22 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

23  
24 **Beschluss: Annahme**

25  
26 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag  
27 SPD-Bundestagsfraktion

## 28 29 **Gesetzlicher Mindestlohn in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderun-** 30 **gen**

31  
32 Die Bundeskonferenz möge beschließen: Der gesetzliche Mindestlohn von derzeit  
33 8,50 € gilt auch für den Personenkreis der in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderun-  
34 gen tätig ist.

35  
36 Der seit über 20 Jahren nur mit geringen Änderungen bestehende arbeitnehmerähnliche  
37 Status von Werkstattbeschäftigten wird hierdurch deutlich gestärkt und in den Grundwerten  
38 mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gleichgestellt.

39  
40 Wer arbeitet soll auch mindestens den Mindestlohn erhalten. Eine Abkopplung von  
41 Werkstattbeschäftigten, von dem historischen Erfolg des Mindestlohns der Sozialdemokra-

1 tie, schafft hier eine weitere Abstufung von Arbeit und Beschäftigung, die von Sozialdemo-  
2 kraten nicht mitgetragen wird.

3

4 Zusammen mit Menschen mit Behinderungen sollen hier ab sofort Konzepte zur Stärkung  
5 der Arbeitsgesellschaft auch für Menschen mit Behinderungen erstellt werden.

6

7

## 8 **Antrag A 6**

9

10 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

11

12 Beschluss: Annahme

13

14 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag  
15 SPD-Bundestagsfraktion

16

## 17 **Mindestlohn Ja ! Einschränkung der Pflege Nein ! Mehraufwendungen für den** 18 **Mindestlohn zugunsten zu Pflegender ausgleichen**

19

20 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

21

22 Wir von Selbst Aktiv stehen zum Mindestlohn – auch in der Pflege.

23 Im Zusammenhang mit der Preissteigerung bei der Beschäftigung von angestellten Pflege-  
24 kräften, wie sie durch die Einführung des Mindestlohngesetzes (MiLog) ab Januar 15 Platz  
25 greifen wird, fordern wir von Selbst Aktiv dies auch im Sinne der zu Pflegenden nachzuvoll-  
26 ziehen. Wir fordern eine prozentuale Anhebung der Pflegesätze, der Summen bei in  
27 Anspruchnahme der Verhinderungspflege, der Hilfe zu Pflege und weiterer finanzieller Hil-  
28 fen. Diese erfolgen durch Dritte, wie etwa Pflegekassen oder der staatliche Stellen um die  
29 Versorgung sicherzustellen, falls Renten und oder etwa Privatvermögen zu Pflegender nicht  
30 ausreichen. Die geforderte Anpassung der Hilfen muss jeweils analog und automatisch fol-  
31 gen, falls zuständige Stellen eine Anhebung des Mindestlohns ins Werk setzen.

32

33 Wir formulieren dieses gesamte Anliegen gerade in Verbindung mit der 24 Std. Pflege im  
34 privaten Umfeld, um so im Sinne von Betroffenen zu Pflegenden eine umfassende Teilhabe  
35 im bestehenden zeitlichen Rahmen zu ohne Einschränkungen erhalten.

36

1 **Antrag A 7**

2

3 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

4

5 Beschluss: Annahme

6

7 EmpfängerIn: SPD-Bundesparteitag

8

9 **Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsle-**  
10 **ben**

11

12 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

13

14 Gemäß Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention beinhaltet die gleichberechtigte Teilhabe  
15 von Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit  
16 zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen  
17 Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Arbeitswelt und Teilhabe sind  
18 inklusiv zu gestalten, um Selbstbestimmung Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Dazugehö-  
19 ren von Anfang an als Selbstverständlichkeit entwickeln zu können. Aus den beschriebenen Grund-  
20 sätzen der UN-Behindertenrechtskonvention folgt:

21

22 1) Personenzentrierung und Gewährleistung einer leistungsträgerunabhängigen und anwaltli-  
23 chen Beratung der Menschen mit Behinderungen

24

25 2) Einkommens- und vermögensunabhängiges Bundesteilhabegeld

26

27 3) Finanzierung personenzentrierter gleichberechtigter und selbstbestimmter Teilhabe unter  
28 anderem über frei gewählte Unterstützungs- und Assistenzmaß-nahmen

29

30 4) Echte Wahlmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen. Es müssen Alternativen zu einer  
31 Tätigkeit innerhalb der Werkstatt für behinderte Menschen an-geboten werden, etwa über die Stär-  
32 kung des persönlichen Budgets und langfristige Lohnkostenzuschüsse zur Beschäftigung von Men-  
33 schen mit Behinderungen aus öffentlichen Mitteln. Gleichzeitig ist die Durchlässigkeit zwischen der  
34 Werkstatt und dem ersten Arbeitsmarkt zu fördern, etwa über die Rückkehrmöglichkeit vom ersten  
35 Arbeitsmarkt in die Werkstatt ohne ein soziales Risiko einzugehen.

36

37 5) Auch Mitarbeiter der Werkstatt sollen die Möglichkeit erhalten, ihrem Lebensunterhalt durch  
38 die von ihnen geleistete Arbeit zu verdienen. Der Mindestlohn von 8,50 Euro muss auch für sie gel-  
39 ten. Die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung auf Wunsch der Mitarbeiter ist auszubauen. Die Auf-  
40 gaben der Werkstatt dürfen nicht auf Arbeit beschränkt werden, sondern müssen Rehabilitation und  
41 Gesundheitsförderung beinhalten. Teilhabe bedeutet dann auch Stärkung der Mitwirkungsmöglich-  
42 keiten der Werkstatträte und verbindliche Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat. Nur so kann das  
43 betriebliche Geschehen beeinflusst und Veränderung mit möglichst geringen gesundheitlichen Risi-  
44 ken angenommen werden

1 **Bildung**

2

3 **Antrag B 1**

4

5 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

6

7 Beschluss: Annahme

8

9 EmpfängerInnen: SPD-Landtagsfraktionen

10 SPD-Landesverbände und Bezirke

11

12 **Übergänge von Schule zum Beruf vorrangig fördern**

13

14 Die Bundeskonferenz möge beschließen: Übergänge von Schule zum Beruf vorrangig fördern  
15 und das Budget für Arbeit ähnlich, wie in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, konzeptionell  
16 und materiell voll zur beruflichen Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einsetzen.

17

18 Für Menschen mit Behinderungen, die nach einem entsprechenden Gutachten von ihrem  
19 arbeitsmarktlichen Restarbeitsvermögen als Werkstattbeschäftigte eingestuft werden, erhal-  
20 ten die jeweiligen Werkstätten erhebliche Eingliederungshilfe. Diese Mittel müssen voll zur  
21 arbeitsmarktlichen Inklusion behinderter Menschen einbezogen werden, um ihnen so  
22 dauerhaft eine tarifgerechte Entlohnung und ein sozialversicherungspflichtiges Beschäfti-  
23 gungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

24

25 Der jeweilige potenzielle Werkstattbeschäftigte kann den Betrag, den das Land monatlich für  
26 ihn aufwenden würde, einbringen, um ein Arbeitsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeits-  
27 markt dauerhaft zu verwirklichen.

28

29 Dazu ist erforderlich, dass die Mittel der Eingliederungshilfe unbefristet zuerkannt werden.  
30 Ebenfalls sind diese Mittel individualisiert an die Menschen mit Behinderungen zu leisten.

31

1 **Antrag B 2**

2

3 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

4

5 Beschluss: Annahme

6

7 EmpfängerInnen: SPD-Landtagsfraktionen

8 SPD-Landesverbände und Bezirke

9

10 **Inklusives Bildungskonzept**

11

12 Die SPD spricht sich für ein durchgängiges, inklusives Bildungskonzept von der Kita über  
13 Schule bis hin zur Erwachsenenbildung und Qualifizierung aus. Die Bundes-/Landesregierung  
14 sowie die Kommunen und Landkreise werden aufgefordert, ein inklusives Bildungssystem für  
15 behinderte und nichtbehinderte Menschen in dem sozialen Umfeld in dem sie leben zu ver-  
16 wirklichen und gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen zu initiieren, zu planen  
17 und zu verwirklichen. Hierbei sind Übergänge zwischen den bisherigen Systemen und inklu-  
18 siven Systemen gemeinsam zu organisieren. Parallel- oder Doppelsysteme sind einem inklu-  
19 siven Bildungssystem nicht dienlich und binden Mittel zu Lasten inklusiver Bildung.

20

21

22 **Antrag B 3**

23

24 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

25

26 Beschluss: Annahme

27

28 EmpfängerInnen: SPD-Landesverbände und Bezirke

29

30 **Mit Inklusiver Bildung die Zukunft der ganzen Gesellschaft prägen**

31

32 Wir erwarten und fordern, dass Inklusion in Schule, Kita und Erwachsenenbildung umgesetzt wird,  
33 weil nur in diesem Gesellschaftsmodell, die Teilhabe und Partizipation, aller Kinder, die ja die zukünf-  
34 tigen Erwachsenen sind, gewährleistet ist.

35

36 Bildung und Teilhabe, von frühester Kindheit an, garantiert eine Basis zu einer neuen Erziehungs- und  
37 Bildungsbewegung. Je früher die Menschen unabhängig von ihrer Lebenssituation und Herkunft an  
38 Bildung teilhaben können, desto mehr Chancengleichheit wird es geben.

39

- 1 Fehlende Inklusion beeinflusst Gesundheitsverhalten, bürgerschaftliches Engagement, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Wachstumschancen unserer Gesellschaft im negativen Sinn.
- 2
- 3 Gemeinsame Maßnahmen von Kommunalpolitik und Verwaltung bringen den Erfolg von einem inklusiven Konzept.
- 4
- 5
- 6
- 7

# 1 Familie, Gesundheit und Sport

2

## 3 Antrag FGS 1

4

5 Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hessen Süd

6

7 Beschluss: Annahme

8

9 EmpfängerInnen: SPD-Bundestagsfraktion

10 SPD-Bundesparteitag

11

## 12 Schmerzensgeld Im Zugewinnausgleich – Änderung des § 1374 BGB

13

14 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv des SPD Bezirks Hessen Süd hat im Rahmen ihrer Vor-  
15 standssitzung am 29.07.2014 und im Rahmen der Mitgliederversammlung vom 11.10.2014  
16 nachstehenden Antrag als Initiative beschlossen, der nunmehr auch der Bundesversamm-  
17 lung der AG Selbst Aktiv zur Beschlussfassung überreicht wird.

18

19 »Die Bundesversammlung der AG Selbst Aktiv - behinderte Menschen in der SPD fordert die  
20 SPD Bundestagsfraktion und den Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz auf, eine  
21 Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) im Interesse der Fortentwicklung des gelten-  
22 den Rechts und insbesondere zur Wahrung und Verbesserung der Rechte behinderter Men-  
23 schen als Antrag in den Deutschen Bundestag einzubringen«

24

25 Text für die Rechtsänderung

26

27 Abänderung des § 1374 BGB

28

29 »In § 1374, Abs. 2 werden hinter .... Ausstattung ... die Worte  
30 ... oder aufgrund Schmerzensgeldzahlung ... eingefügt.

31

32 Damit würde sich dann für § 1374 folgende Neufassung ergeben:

33

34 § 1374 BGB Anfangsvermögen

35 (1) Anfangsvermögen ist das Vermögen, das einem Ehegatten nach Abzug der Verbindlich-  
36 keiten beim Eintritt des Güterstands gehört.

37

38 (2) Vermögen, das ein Ehegatte nach Eintritt des Güterstands von Todes wegen oder mit  
39 Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Ausstattung oder aufgrund

- 1 Schmerzensgeldzahlung erwirbt, wird nach Abzug der Verbindlichkeiten dem Anfangsvermögen hinzugerechnet, soweit es nicht den Umständen nach zu den Einkünften zu rechnen ist.
- 2
- 3
- 4 (3) Verbindlichkeiten sind über die Höhe des Vermögens hinaus abzuziehen.
- 5

# 1 **Barrierefreiheit, Wohnen und Mobilität**

2

## 3 **Antrag BWM 1**

4

5 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

6

7 Beschluss: Annahme

8

9 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag

10 SPD-Landtagsfraktion

11

## 12 **Barrierefreie Toiletten**

13

14 In allen öffentlichen und privatrechtlich kommerziell genutzten Gebäuden und Einrichtungen  
15 müssen Barrierefreie Toiletten zur Verfügung stehen. Sollte dieses aus baurechtlichen oder  
16 baulichen Gründen nicht möglich sein, müssen zentral gelegene, gut erreichbare und zu-  
17 gängliche transportable Behindertentoiletten in ausreichender Zahl aufgestellt werden.

18

19

## 20 **Antrag BWM 2**

21

22 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Bayern**

23

24 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

25

## 26 **Barrierefreie Rettungswege**

27

28 Die Anforderungen des Rettungsweges § 33-36 MBO (Musterbauverordnung) berücksichti-  
29 gen bisher nicht die Barrierefreiheit nach BGG § 4 und Art. 3 GG.

30 Bewohner, Nutzer, Beschäftigte oder Besucher eines Gebäudes oder baulicher Anlagen,  
31 können im Brand- oder Katastrophenfall in ihren sensorischen, kognitiven oder motorischen  
32 Fähigkeiten eingeschränkt, also behindert sein.

33

34 Diese Personen werden bei Alarmierung und Evakuierung zu "zur Eigenrettung nicht fähigen  
35 Menschen" erklärt und auf Bereiche für den Zwischenaufenthalt verwiesen. Das barrieref-  
36 reie Bauen gemäß § 48 MBO ist inzwischen Planungsgrundlage für alle Neubauten und grö-  
37 ßeren Sanierungs- und Umbaumaßnahmen und gilt ausdrücklich für alle Menschen, wird  
38 aber so nicht umgesetzt. Menschen mit motorischen und sensorischen Einschränkungen  
39 wird der 1. Rettungsweg verwehrt. Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert zur besseren

1 Durchsetzung eindeutige, gesetzliche Vorgaben der Politik und die entsprechenden Kontrol-  
2 len.

3  
4

### 5 **Antrag BWM 3**

6

#### 7 **Antragsteller AG Selbst Aktiv, Landesverband Sachsen-Anhalt**

8

9 Beschluss: Annahme

10

11 EmpfängerInnen:       SPD-Bundesparteitag  
12                               SPD-Landtagsfraktionen  
13                               SPD-Parteivorstand  
14                               SPD-Bundestagsfraktion  
15                               Bundesvorstand

16

### 17 **Zuschüsse für barrierefreie Umbaumaßnahmen/Umzug**

18

19 Unser Anspruch ist eine umfassende Teilhabe behinderter Menschen auf allen gesellschaftli-  
20 chen Ebenen. Deutschland hat sich mit der Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte  
21 behinderter Menschen dem gesellschaftlichen Ansatz der Inklusion verpflichtet. Dazu gehört  
22 von Beginn an die Teilhabe und Selbstbestimmung über den eigenen gewählten Woh-  
23 nort/Wohnumfeld für alle Menschen unabhängig von einer Behinderung. Dort, wo Men-  
24 schen mit Behinderung Unterstützung benötigen, sind barrierefreier Wohnungen zu schaffen  
25 und individuelle staatliche Leistungen zu gewähren.

26

27 Die bestehenden steuerlichen Erleichterungen für schwerbehinderte Menschen bei barrie-  
28 refreiem Umbau sind positiv und beizubehalten, erreichen aber Menschen nur proportional  
29 zu ihrem Verdienst. Erforderlich ist ein Zuschuss, der aller betroffenen Schwerbehinderte,  
30 insbesondere diejenigen mit geringen Einkommen erreicht, wie er bei Pflegebedürftige be-  
31 reits gewährt wird.

32

33 Zum gegenwärtige Zeitpunkt stehen Zuschüsse in Höhe von bis zu 4000 € nur pflegebedürfti-  
34 gen Menschen, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erhalten zu. Die gelten-  
35 de Definition der Pflegebedürftigkeit erfasst nicht alle Menschen mit Behinderungen, so dass  
36 diese trotz vergleichbaren Bedarfs die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz nicht  
37 für sich nutzbar machen können. Pflegebedürftig sind Personen, die wegen einer körperli-  
38 chen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und re-  
39 gelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des Lebens auf Dauer, voraussichtlich  
40 für mindestens sechs Monate, in erheblichem Umfang oder höherem Maße der Hilfe bedür-  
41 fen. Im Bereich der Mobilität bedeutet es, das Pflegebedürftige bei dem selbständigen Auf-

1 stehen und zu Bett gehen, an und auskleiden, gehen, stehen, Treppensteigen oder für das  
2 Verlassen und wieder Aufsuchen der Wohnung Hilfe benötigen. In dieser Definition sind kei-  
3 ne Menschen, die nur partiell mobilitätseingeschränkt sind einbegriffen. Dieser Personen-  
4 kreis benötigt auch Maßnahmen und staatliche Unterstützung, um sich im eigenen Haushalt  
5 ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen. In der Bundesrepublik sind 180.163 Personen  
6 (Stand: 31.12.2013) schwerbehinderte Menschen ab einem Grad der Behinderung von 50  
7 und mehr. Bei diesen Personengruppen sind nicht alle unmittelbar als pflegebedürftig einge-  
8 stuft und können auf die Leistungen der Pflegekasse zurückgreifen. Aufgrund ihrer Mobili-  
9 tätseinschränkungen benötigen sie aber ebenfalls ein barrierefreies Wohnumfeld und eine  
10 hieraus resultierende alternative Lösung mit Finanzierung zur Umgestaltung ihrer Wohnung.  
11

12 Daher fordern wir, dass die gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingen geschaffen  
13 werden, damit auch Menschen, deren besonderer Bedarf durch die Merkmalszeichen „G –  
14 erheblich gehbehindert“; „aG – außergewöhnlich gehbehindert“ oder „H – hilflos“ im  
15 Schwerbehindertenausweis ausgewiesen ist, staatliche Zuschüsse für barrierefreien Um-  
16 baumaßnahmen/ Umzug erhalten.  
17  
18

## 19 **Antrag BMW 4**

20

21 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

22

23 **Beschluss: Annahme**

24

25 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag  
26 SPD-Bundestagsfraktion  
27

## 28 **Gemeinschaftsorientiertes Wohnen in den Stadtteilen verwirklichen**

29

30 Gemeinschaftsorientiertes wohnen in den Stadtteilen verwirklichen – Alternativen zu großen  
31 Einrichtungen anbieten. Die SPD wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass bei allen Neu-  
32 und Umbauten künftig barrierefreie Standards umgesetzt werden und bei entsprechenden  
33 Bauvorhaben auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene Menschen mit Behinderungen  
34 qualifiziert mitentscheiden. Die Anforderungen des demografischen Wandels, wie auch das  
35 Bestreben behinderter Menschen mitten im Dorf oder im Stadtteil zusammen mit nichtbe-  
36 hinderten Menschen zu leben, ist für die SPD verbindlich und wird im Rahmen ihrer Gestal-  
37 tungsmöglichkeiten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene umgesetzt.  
38

39 Parallel zu diesen baulichen Rahmenbedingungen müssen auch die zentralen Assistenzen für  
40 Personen, die entsprechende Unterstützung brauchen, angeboten werden. Allgemeine Zu-  
41 gänglichkeiten wie es in der UN-BRK heißt, oder Barrierefreiheit sind mehr Lebensqualität

1 für alle Bürgerinnen und Bürger, vorübergehend sind 40 % aller Bürgerinnen und Bürger hie-  
2 rauf angewiesen, dauerhaft 30 %. Diese Zahlen sprechen für sich und ein Handeln im Sinne  
3 dieses Antrages erleichtert es, in seinem Umfeld zu bleiben und gar nicht oder später auf  
4 Hilfe oder Pflege angewiesen zu sein.

5  
6 Die Bundesinitiative „Daheim statt Heim“ mit der ehemaligen behindertenpolitischen Spre-  
7 cherin der SPD Fraktion, Silvia Schmidt, als Vorsitzende und einem breiten Expertenumfeld  
8 wie auch behinderter Menschen sind hier entsprechende Ansprechpartnerinnen und An-  
9 sprechpartner für eine Politik im Sinne der UN.-Behindertenrechtskonvention. Der Begriff  
10 der Barrierefreiheit muss hier in der aktuellen Definition erfolgen, also verschiedene Bin-  
11 dungsgruppen umfassen wie Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, Gehbehinderte, Blin-  
12 de und Hörgeschädigte, sowie lern/geistig behinderte Menschen.

13

14

15

## 16 **Antrag BWM 5**

17

18 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover**

19

20 Beschluss: Annahme

21

22 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag  
23 SPD-Bundestagsfraktion

24

## 25 **Teilhabe von mobilitätseingeschränkten Menschen erhalten**

26

27 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

28

29 Teilhabe von mobilitätseingeschränkten Menschen erhalten.

30 Verschiedene Systeme der mobilen Beförderung für Menschen mit Behinderung eingedenk  
31 der Mindestlohnanpassung finanziell sicherstellen

32

33 Wir von Selbst Aktiv unterstützen vorbehaltlos die Mindestlohneinführung.

34 Etwaige finanzielle Auswirkungen sollten für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen aus-  
35 geglichen werden, insoweit dieser Personenkreis darauf angewiesen ist, Spezialfahrzeuge,  
36 wegen seiner Hilfsmittel zu nutzen.

37

38 Dieses gilt jedoch umfassend. Auch wenn der Personenkreis andere Fahrzeuge nutzen kann,  
39 wie Taxen etc. ist nicht ausgeschlossen, dass der Dienstleister seine Preise erhöht und dies  
40 mit der Mindestlohnthematik begründet. Um die Mobilität generell aufrecht zu erhalten  
41 bzw. sicher zu stellen halten wir von Selbst Aktiv eine Anpassung finanzieller Leistung in die-

1 sem Kontext für geboten und fordern sie ein. Als Beispiel seinen hier Mobilitätsbudgets ge-  
2 nannt, wie sie von kommunalen Ebenen gezahlt werden, um private Mobilität von Men-  
3 schen mit Behinderung in Selbstverwaltung zu ermöglichen. Diese Budgets müssen analog zu  
4 Mehraufwendungen für den Mindestlohn immer wieder angepasst werden. Gleiches gilt in  
5 Verbindung mit der Eingliederungshilfe, um u.a. dienstliche Fahrten für Mobilitäts-  
6 eingeschränkte sicher zu stellen. Und Kostenträger wie Krankenkassen sind gehalten ihre  
7 Aufwendungen anzupassen, um Standards zu halten, etwa bei der Erholungshilfe, auch in  
8 der Verbindung mit der Mindestlohneinführung. Auf das alle ihren Beitrag leisten auf dem  
9 Weg in eine mobile inklusive Wirklichkeit und dies im wahrsten Wortsinn.

10

11

## 12 **Antrag BWM 6**

13

14 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Berlin**

15

16 **Beschluss: Annahme**

17

18 **EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag**

19

SPD-Bundestagsfraktion/Verkehr

20

## 21 **Ausweitung der kostenlosen Beförderung von Menschen mit einer Schwerbe-** 22 **hinderung auch bei Fernverkehrsangeboten der Deutschen Bahn AG mit** 23 **IC/EC-, ICE-und D- Zügen**

24

25 Wir fordern die sozialdemokratischen Mandatsträger/Innen im Deutschen Bundestag auf,  
26 sich für eine Änderung der § 145, Abs. 5 und 147, Abs. 6 des SGB IX einzusetzen, um schwer-  
27 behinderten Menschen, die infolge ihrer Behinderung in ihrer Bewegungsfähigkeit im Stra-  
28 ßenverkehr erheblich beeinträchtigt oder gehörlos sind, eine kostenlose Beförderung mit  
29 der Bahn auch über eine Entfernung von 50 km hinaus zu ermöglichen.

30

1 **Antrag BWM 7**

2

3 **Antragsteller: AG Selbst Aktiv, Landesverband Berlin**

4

5 Beschluss: Annahme

6

7 EmpfängerInnen: SPD-Bundesparteitag

8 SPD-Bundestagsfraktion

9

10 **Die Hotline der Mobilitätszentrale der Deutschen Bahn AG für Menschen mit**  
11 **Beeinträchtigungen muss kostenfrei angeboten werden!**

12

13 Wir fordern die sozialdemokratischen Mandatsträger/Innen im Deutschen Bundestag auf,  
14 sich beim Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie bei der Deutschen Bahn-  
15 AG dafür einzusetzen, dass die Hotline der Deutschen Bahn AG für Menschen mit Beeint-  
16 rächtigungen der Mobilitätszentrale unter der Nummer 0180 / 55 125 12 als eine Servicelei-  
17 stung kostenfrei angeboten werden muss.

18

# 1 **Initiativanträge**

2

## 3 **Initiativantrag 1**

4

5 AntragsstellerIn: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover

6

7 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

8

## 9 **Zusammensetzung des Bundesvorstandes**

10

11 Die Bundeskonferenz beschließt:

12 1. Die Mitglieder des Vorstandes müssen behindert sein im Sinne des Artikels 1 der UNBRK.

13 2. Die Interessen behinderter Kinder Artikel 1 entsprechend können über ihre

14 Vertrauensperson als Mitglied im Vorstand vertreten werden.

15

16

## 17 **Initiativantrag 3**

18

19 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Bezirk Nord-Niedersachsen

20

21 Beschluss: Annahme

22

## 23 **Befreiung von Menschen mit Behinderung vom**

### 24 **ARD/ZDF Beitragsservice**

25

26 Wir fordern, dass Menschen mit Behinderung, gemeint sind Sinnesbehinderte, psychisch Behinderte  
27 und solche mit einem GdB ab 50 , die aufgrund ihrer Behinderung nicht am öffentlichen Leben teil-  
28 nehmen können, vom Beitrag für ARD, ZDF und Deutschlandradio von der Finanzierung des öffentlich  
29 rechtlichen Rundfunks befreit werden.

30

31 Hier muss wieder ein Nachteilsausgleich geschaffen werden um Menschen mit Behinderung zu entla-  
32 sten und den Empfängern des Betrages die Motivation schaffen soll die Barrierefreiheit des Öffent-  
33 lich-rechtlichen Fernsehens um ein vielfaches zu erhöhen. Vorstellbar ist ein Ausbau von Informati-  
34 onssendern auf Phoenix mit DolmetscherIn der Deutschen Gebärdensprache als auch der Ausbau  
35 von Hörfilmen.

36

1 **Initiativantrag 4**

2

3 **AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband NRW**

4

5 Beschluss: Annahme

6

7 EmpfängerInnen:

8 SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel

9 Bundesministerin Andrea Nahles

10

11 **Resolution**

12

13 Die Bundeskonferenz Selbst Aktiv, Menschen mit Behinderungen in der SPD fordert die Große Koalition der Bundesregierung auf, die Zusagen ihres eigenen Koalitionsvertrages (2013) einzuhalten:

14

15 Zitat:“... Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden ...“

16 (Deutschlands Zukunft gestalten Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 18. Legislaturperiode 2013 – 2017, S. 88)

17

18 Das in diesem Jahr neu zu schaffende Bundesteilhabegesetz muss rechtlich und finanziell so ausgestaltet werden, dass eine Reform im Sinne der Teilhabe umgesetzt werden kann.

19

20 Gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention muss ein zukunftsweisendes Bundesteilhaberecht geschaffen werden, das die „Eingliederungshilfe als kommunalfinanzierte Fürsorgeleistung“ ablöst. Der Bund leistet durch die Zahlung eines Bundesteilhabegeldes einen vorgelagerten Nachteilsausgleich und trägt so zu Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung der Leistungsberechtigten bei.

21

22

23 **Initiativantrag 5**

24

25 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Landesverband Sachsen-Anhalt

26

27 Beschluss: Annahme

28

29 EmpfängerInnen:

30 AG Selbst Aktiv Bundeskonferenz

31 SPD-Bundesparteitag

32

33 **Antrag Familien mit behinderten Angehörigen**

34

35 Dieser Schutz muss im besonderen Maße Familien mit behinderten Angehörigen zukommen.

1 Die Existenzsicherung Art. 28 UN\_BRK muss auch für Familien gelten, die ihre behinderten Angehörigen pflegen, betreuen, versorgen und mit ihnen leben wollen. Auch das ist eine freiwillige selbstbestimmte Entscheidung.  
2  
3  
4  
5 Das belastende System der Antrags – Verweigerung – Zuständigkeitsablehnung – Nichtinformation belastet allerdings das Leben dieser Familien außerordentlich. Der Familienlastenausgleich ist so zu gestalten, dass Familien mit einer besonderen Belastung entsprechend der Rechtsauffassung aus dem Grundgesetz den weniger belasteten Familien gleichgestellt werden.  
6  
7  
8  
9  
10 Die Rechte an der Teilnahme bei Veranstaltungen oder an Freizeiten der Jugendhilfe im Bereich Kultur, Urlaub, dürfen nicht auf Teilnahme von Familien ohne behinderte Angehörige ausgerichtet werden. Mit öffentlichen Mitteln gefördert, müssen Angebote für ALLE da sein. Familien mit behinderten Angehörigen brauchen auch Flexibilität in der Möglichkeit Beruf, Arbeitswelt und Betreuung zu vereinbaren.  
11  
12  
13  
14  
15  
16 Auch Alleinerziehende mit behinderten Angehörigen müssen von der Gemeinschaft so unterstützt werden, dass Teilhabe gewährleistet ist, um die vom Grundgesetz verbrieften Rechte wahrnehmen zu können. Art 6 unseres Grundgesetzes stellt Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.  
17  
18  
19  
20  
21 Auch die Ehe behinderter Menschen steht unter diesem Schutz und darf nicht in der Existenzsicherung schlechter gestellt werden oder im unterschiedlichen Hilfebedarf gekürzt werden.  
22  
23  
24 Das Merkmal Behinderung oder Schwerstmehrfachbehinderung darf nicht gleichgesetzt werden mit lebenslänglicher Sozialhilfe.  
25  
26  
27 Die SPD soll die politischen Entscheidungsträger auffordern, die Grundlagen unserer Verfassung im Hinblick auf die Gesetzgebung, die behinderte Menschen und ihre Angehörigen betrifft, verfassungskonform zu gestalten.  
28  
29  
30  
31 Die in Art. 8 der UN-BRK geforderte Bewusstseinsbildung muss besonders für Familien mit behinderten Angehörigen mit Fördermitteln aus dem Fond der Ministerien ausgestattet werden.  
32  
33

1 **Initiativantrag 6**

2

3 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover

4

5 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

6

7 **Erwerbsminderungsrente**

8

9 Selbst Aktiv fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Formel zur Ermittlung  
10 der Erwerbsminderungsrente verändert wird und dazu führt, dass sich der Betrag der monatlichen  
11 Leistung noch einmal wesentlich erhöht.

12

13 **Initiativantrag 7**

14

15 AntragstellerIn: AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover

16

17 Beschluss: Überweisung an den Bundesvorstand

18

19

20

21 Selbst Aktiv fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Formel zur Ermittlung  
22 der Erwerbsminderungsrente verändert wird und dazu führt, dass das große Heer der Bestandsrent-  
23 ner in der Erwerbsminderungsrente finanziell erheblich gestärkt wird. Der Personenkreis ist nicht von  
24 der durchgeführten Rentengesetzänderung berührt worden und erfährt deshalb überhaupt keine  
25 Veränderung. Die jetzigen Erwerbsminderungsrentner finden sich deshalb weiterhin in teilweise fi-  
26 nanziell prekären Lebenssituationen.

27

28

29 **Erledigte Anträge**

30

31 O 2: erledigt durch Annahme von O 1

32 O 14 erledigt durch Ablehnung von O 3

33

34 **Abgelehnte Anträge**

35

36 O 3, O 5, I 2